

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.00 Goldmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegraphische Adressen:
'Vorwärts' Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295

Freitag, den 2. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Dönhofsstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die erste halbe Seite 0.70 Goldmark...

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten
Deutschlands Wunsch: Recht, Freiheit und Völkerfrieden.

Reichspräsident Ebert empfing gestern in Berlin in der üblichen Weise die Chefs der fremden diplomatischen Vertretungen...

Monsignore Pacelli

als Doyen mit folgender Ansprache zum Ausdruck:
'Als ich mich in den verflochtenen Jahren des ehrenvollen Auftrags...

Morgenröte des Wiederaufbaues und des Fortschritts.

In dem Jahre, das loben zur Reize gegangen ist, sind sehr ernste und schwierige internationale Probleme ihrer Lösung nähergebracht worden...

Der Reichspräsident

erwiderte mit folgenden Worten:
'Nehmen Sie meinen aufrichtigsten Dank entgegen für die Glück- und Segenswünsche, die Sie im Namen des diplomatischen Korps...

Nach die Fragen, deren Regelung noch offen steht und deren Lösung der nächsten Zeit vorbehalten ist...

Zum Neuen Jahre spreche ich, zugleich im Namen des Deutschen Volkes, Ihnen, Herr Runtius, und Ihnen, meine Herren, zugleich für Ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker meine herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche aus.

Der Reichskanzler

hielt folgende Ansprache:
'Zum neuen Jahre entbiete ich Ihnen, Herr Reichspräsident, im Namen der Reichsminister, die Sie nach dem Rücktritt des Kabinetts mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraut haben...

Leider scheinen die Erwartungen, die wir nach dem Abschluß der Londoner Verhandlungen hegen durften, zu Beginn des Jahres 1925 zunächst nicht verwirklicht zu werden.

Nach den uns vorliegenden Nachrichten müssen wir annehmen, daß die alliierten Mächte den in Versailles Vertrag für die Räumung der ersten Rheinlandzone vorgesehene Termin, den 10. Januar 1925, nicht innehalten wollen...

Dies kann aber nur auf dem Wege gegenseitiger Verhandlung und Verständigung geschehen.

Im kommenden Jahre muß deshalb dieser Weg der friedlichen Verständigung zwischen den Nationen, der in London mit Erfolg beschritten wurde, wieder gefunden werden.

Der Reichspräsident

ermiderte die an ihn gerichteten Glückwünsche mit Worten des Dankes und fuhr fort:
'Das abgelaufene Jahr ist, wie ich mit Befriedigung am heutigen Tage feststellen kann, in jeder Beziehung ein Jahr fortschreitender Gesundung und Festigung für unser so schwer geprüftes Vaterland gewesen...

tender Gesundung und Festigung für unser so schwer geprüftes Vaterland gewesen; unsere Währung, unsere Staatsfinanzen, unsere Wirtschaft sind von den bösen Erscheinungen und Nachfolgen der Inflation befreit und wieder auf feste und zuverlässige Grundlagen gestellt...

Daß diese Fortschritte erreicht werden konnten, verdankt Deutschland in erster Linie der Tapferkeit und dem Verantwortlichkeitsbewußtsein, mit denen Sie, Herr Reichskanzler, und Ihre Ministerkollegen Ihre hohen Ämter verwaltet haben...

Sie sprachen, Herr Reichskanzler, von der ersten Sorge, mit der das Neue Jahr beginnt, von dem wir den Anfang der Befreiung des Rheinlandes erhofften...

Unter einer Begründung, die wir noch nicht kennen und noch nicht nachprüfen können, von deren Haltlosigkeit wir aber alle überzeugt sind, soll uns, dem einzig wirklich entworfenen Volke in einem sonst noch waffenkarenden Europa...

Unter allererster Wunsch am heutigen Neujahrstage ist der, daß der Geist der Gerechtigkeit und der Wille zur Verständigung der Völker obliegen mögen über die Idee der Macht und Gewalt...

Später übermittelten der Reichstagspräsident Ballraff und die Reichspräsidenten Dr. Rießer und Dittmann die Wünsche des Reichstags und der Ministerialdirektor im Preussischen Staatsministerium Dr. Robis, der thüringische Minister Dr. Wünnigel und der bayerische Staatsrat Dr. von Wolf...

Das Vorgehen gegen Barmat.

Anfragen an Staatsanwaltschaft und Justizministerium.

Nach den Mitteilungen, die bisher durch private Zeitungskorrespondenzen verbreitet werden, sind fünfzehn leitende Personen des Barmat-Konzerns festgenommen worden. Eine dieser Korrespondenzen, die hauptsächlich aus dem Polizeipräsidium gespeist zu werden pflegt, weiß abenteuerliche Geschichten von den Vorkehrungsmaßnahmen zu erzählen...

Dinge bekannt und welche Gründe veranlaßten sie zu der vorläufigen Festnahme? Daß Raug in einer der Korrespondenzen als ein 'großer Weintanker und Weinstreuer' dargestellt wird, um den Anschein zu erwecken, daß er betrübten aufgefunden wurde, darf man wohl der Staatsanwaltschaft nicht auf ihr Konto schreiben?

Aber eine andere Frage ist die: Wie kann es die Staatsanwaltschaft der Öffentlichkeit und ihrer vorgesetzten Behörde gegenüber verantworten, daß an einige private Zeitungskorrespondenzen die ungeheuerlichsten Mitteilungen gegeben werden, die nur auf Grund von Vernehmungen oder auf Grund von irgend welcher unvollständiger Aktenkenntnis entstanden sein können?

Wir stellen die Fragen und warten auf Antwort. Wir werden selbstverständlich nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß die Öffentlichkeit nicht nur Reporterphantasien vorgezogen bekommt...

ern daß sie angefaßt der erheblichen Allgemeininteressen, je durch die Stilllegung so großer Betriebe berührt werden, vollkommen klaren Wein vorgelegt bekommen muß. Es ist doch ganz unzulässig, daß durch die Verbreitung unkontrollierter Nachrichten nicht nur der finanzielle, sondern auch der moralische Kredit von Persönlichkeiten zugrunde gerichtet wird, denen möglicherweise keinerlei ernste Verfehlungen nachgewiesen werden können. Sind aber solche Verfehlungen heute schon deutlich erkennbar, so daß sich die Verhaftungen rechtfertigen, dann muß erwartet werden, daß ganz offizielle und amtlich beglaubigte Mitteilungen darüber veröffentlicht werden. Wir erwarten, daß das Justizministerium die zuständige Staatsanwaltschaft alsbald in diesem Sinne instruiert, damit nicht die mahnsinnigsten Gerüchte Glauben finden, die für etwa 15 000 Arbeiter und Angestellte in den beteiligten Industrien überaus schwerwiegende Folgen haben könnten.

### Eine „authentische Darstellung“?

Die Korrespondenz Hochzeitzki, der offenbar die Staatsanwaltschaft bessere Beziehungen unterhält als zur amtlichen preussischen Pressestelle, veröffentlicht folgenden Bericht, den wir zunächst in vollem Wortlaut zum Abdruck bringen:

Am Silvesterabend sind weitere führende Persönlichkeiten des Barmat-Konzerns verhaftet worden und der Staatsanwaltschaft ist es gelungen, so beständendes Material in den Geschäftsräumen des Riesenunternehmens zu beschlagnahmen, daß die Leitung der Staatsbank, hoffentlich in kürzester Frist, bindende Erklärungen abgeben wird, wie es möglich gewesen ist, daß dem Barmat-Konzern Kredite — ebenfalls wie im Fall Kutischer — ohne sichere Unterlagen gegeben worden sind. Von authentischer Seite erfahren wir, daß alle bisher erfolgten Verhaftungen aufrechterhalten werden und daß keineswegs die von bestimmter interessierter Seite ausgegebene Meldung zutrifft, daß die bisher auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhafteten Persönlichkeiten nur zu einer „Bernehmung“ vorgeführt worden seien. Am einzelnen erfahren war noch folgendes:

Das größte Aufsehen dürfte die Verhaftung des Ministerialdirektors a. D. Kauch erregen, der am 1. Januar morgens in seiner Wohnung in Westend, Eichenallee, festgenommen worden ist. Ministerialdirektor Kauch, der zuletzt die Stellung eines Generaldirektors im Barmat-Konzern bekleidete, gehörte in den Jahren 1918—21 in leitender Stellung dem Reichsschatzministerium an und hatte dort längere Zeit das Dezernat für die Erfassung von ehemaligen Feindvermögen inne. Er arbeitete hier Hand in Hand mit der Reichsstraßenbau-Gesellschaft, der er die riesigen Bestände des ehemaligen Heeres und der Marine zum Verkauf an die deutsche Industrie zuführte. Der Name des Ministerialdirektors Kauch tauchte in der Öffentlichkeit zum erstenmal im Fraiberger-Prozess auf, wo es allgemein Aufsehen erregte, daß dieser Beamte in einem Schiedsspruch zugunsten einer großen Tiefbaugesellschaft gegen das Reich entschied und dafür eine schon damals außerordentlich beträchtliche Summe für das Schiedsrichtertum erhielt. Später war Kauch wiederum als Schiedsrichter zwischen dem Reichsschatzministerium und den Berlin-Burger-Eisenwerken tätig, die aus den Wernebeständen sehr große Posten Schrott gekauft hatten. Unter dem Schrott befand sich unperhältnismäßig viel Edelmetall, für das vom Reichsschatzministerium eine besondere Bezahlung erzielt wurde. Erregte der Schiedsspruch schon Aufsehen, so war die Verurteilung noch ärger, als kurze Zeit darauf Ministerialdirektor Kauch aus seinem Staatsamt ausschied und als Direktor bei den Berlin-Burger-Eisenwerken eintrat. Als die Wormats dann die Berlin-Burger-Eisenwerke übernahmen, bekleidete Ministerialdirektor Kauch den Posten eines Generaldirektors, und in dieser Stellung ist er eifrig bemüht gewesen, für seinen Konzern die Kredite von der Staatsbank heranzuschaffen.

Am letzten Abend des alten Jahres wurde ferner der frühere Direktor der Staatsbank

### Gehilme Dr. Kellula, in Kassel verhaftet

und ist am Donnerstag nach Berlin gebracht worden. Er befindet sich gegenwärtig in Untersuchungshaft in Moabit und wird am heutigen Freitag bereits vom Generalstaatsanwalt ausführlich vernommen werden. Am 31. Dezember wurde auch der vierte Bruder Barmat, Isaac Barmat, verhaftet, der sich in Berlin aufhielt. Auch er ist gestern bereits kurz vernommen worden. Dagegen trifft es nicht zu, daß der dreizehnjährige Sohn Julius Barmat verhaftet worden ist. Dieses Gerücht ist dadurch entstanden, daß die Angehörigen des verhafteten Barmat im Polizeipräsidium erschienen und baten, mit ihren Verwanden noch einige Stunden zusammen sein zu dürfen. Diese in Frage kommenden Personen haben übrigens, um die Ungelegenheit kurzustellen, einen Schein unterschrieben, daß sie freiwillig ihr Polizeipräsidium verlassen sind und daß Zwangsmassnahmen ihnen gegenüber nicht zur Anwendung gelangt sind.

Ferner sind in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden Direktor Richterstein von der Merkur-Bank, Prokurist Leon, Direktor Stauch von den Berlin-Burger-Eisenwerken und Direktor Geride von der Koth-M-G. im Barmat-Konzern. Alle festgenommenen Personen stehen unter dem

### Verdacht des Kreditbetruges

gegenüber der Preussischen Staatsbank. Von authentischer Seite erfahren wir hierzu, daß der Kreditbetrug aller in Frage kommenden Personen darin erblickt wird, daß auch die führenden Persönlichkeiten des Barmat-Konzerns, ebenso wie es Kutischer getan hat, von der Preussischen Staatsbank Millionenkredite herausgeholt verstanden haben, für die sichere Unterlagen fehlten. Das Material, das die Staatsanwaltschaft hierzu beschlagnahmt hat, scheint in der Tat erdrückend zu sein. Die Staatsanwaltschaft hebt ein schweres Verbrechen u. a. darin, daß zur Erlangung der Millionenkredite auch Aktienpakete ins Depot der Staatsbank gegeben worden sind, die durch Börsenmandate in ihrem Wert, und zwar kurz vor Erlangung der Kredite, in die Höhe getrieben worden waren. Nach Erlangung der Kredite sank dann der Wert der lombardierten Aktien, so daß von einer vollen Deckung nicht im entferntesten mehr die Rede sein konnte.

Daß die leitenden Männer der Staatsbank diese Mandate nicht durchschauten, fällt ihnen genau so zur Last, wie die fast ungläubliche Tatsache im Fall Kutischer, daß die Seehandlung Wechsel, die auf Riesensummen lauteten, als „Sicherheiten“ empfing, die hinterher als am Verfalltage die Beträge nicht eingelöst wurden, nicht einmal zu Protest gingen, weil es sich bei näheren Recherchen herausstellte, daß diese „Sicherheitswechsel“ nicht einmal die Protestkosten lohnten. Es klingt auch fast ungläublich, daß vom Barmat-Konzern für einzelne Kredite ein Jahr lang überhaupt keine Zinsen gezahlt worden sind, und daß trotzdem die Staatsbank den Barmats weitere Kredite bewilligt hat. Es ist schließlich ebenfalls wenig verständlich, daß das Direktorium der Staatsbank dem Barmat-Konzern auch dann noch Kredite bewilligte, als die Affäre Kutischer bereits roste und in der Öffentlichkeit so viel Staub aufwirbelte, und obwohl schon damals öffentlich der Verwunderung Ausdruck gegeben war, daß man den Brüdern Barmat ebenfalls so große Kapitalien zur Verfügung stellte. Die nächste Aufgabe der Staatsanwaltschaft ist nun die Prüfung der Frage, ob alle führenden Persönlichkeiten des Barmat-Konzerns über die Einzelheiten der Kreditgeschäfte mit der Staatsbank im Bilde gewesen sind und ob sie mit ihrer Verantwortung die Transaktionen gedeckt haben.

Wie verlautet, wird der Barmat-Konzern, nachdem fast alle führenden Persönlichkeiten verhaftet worden sind, in den nächsten Tagen voraussichtlich für die einzelnen Unternehmungen die Geschäftsaufsicht beantragen. Die Staatsanwaltschaft hat zwar Vorkehrungen getroffen, daß die zur Auszahlung der Böhne und

Gehälter notwendigen Summen bereitgestellt werden, doch sind alle anderen Geschäftsmassnahmen unterbunden, so daß sich für einzelne Unterbetriebe zwangsläufig kritische Situationen ergeben dürften. Die Staatsanwaltschaft hat weitestgehende Massnahmen getroffen, um eine Verchiebung oder Beiseiteziehung von Kapitalien des Konzerns zu verhindern. Auch der Privatbesitz der Brüder Barmat ist, soweit dies möglich war, sichergestellt. Interessant ist übrigens die Tatsache, daß die Untersuchungsbehörde in der Wohnung des Direktors Julius Barmat in Schwannmerder in einem Wandschrank Zinnesen und Wertgegenstände von sehr hohem Werte entdeckt hat. Diese Edelsteine usw. sind gestern in einem Koffer nach Moabit gebracht und dort sichergestellt worden.

Schlieflich erfahren wir noch, daß die von anderer Seite gebrachte Meldung, daß sich unter den jetzt Verhafteten ein Jurist von Betruf befindet, nicht zutrifft. Es dürfte sich dabei vielmehr um eine Verwechslung des jetzt in Untersuchungshaft befindlichen Dr. Hellwig mit seinem verstorbenen Vater handeln, der in der Tat ein hervorragender Jurist war und auf dem Gebiete des Zivilrechts durch die von ihm herausgegebene wissenschaftliche Literatur Weltweite Bekantheit erlangt hat. Ebenso unrichtig ist die Behauptung der „Köten Fahne“, daß im Zusammenhang mit der Barmat-Affäre Reichsanwalt a. D. Bauer und der Landtagsabgeordnete Heilmann verhaftet seien.

Entgegen den Behauptungen der Korrespondenz halten wir unsere Darstellung völlig aufrecht. Auch dem dreizehnjährigen Sohn Barmats wurde befohlen, mit seinen Eltern nach dem Polizeipräsidium zu kommen. Von einem freiwilligen Besuch kann gar keine Rede sein, vielmehr ist auch den Frauen ihre Festnahme „wegen der Kutischer-Affäre“ eröffnet worden. Nachträglich ist man zu dem höchst seltsamen Mittel geschritten, einer der festgenommenen Frauen einen Schein vorzulegen, daß sie freiwillig „in Sachen Kutischer“ erschienen sei. Als sie dagegen protestierte, da sie den Namen Kutischer nur aus der Zeitung kenne, wurden diese Worte gestrichen; die verängstigte Frau unterschrieb um ihre Freiheit zu erlangen, den merkwürdigen Schein, der nicht gerade für das gute Gewissen derjenigen spricht, die ihn ausgefertigt haben.

### Soll die Staatsbank ihr Geld verlieren?

Von der Direktion der Garantiebank, einer Versicherungsbank, die zum Barmat-Konzern gehört, wird versichert, daß alle Kredite des Barmat-Konzerns bis zur Höhe von 40 Millionen Mark bei den deutschen Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften in der Art versichert sind, daß jedes Risiko für die Kreditgeber ausgeschlossen ist. Wenn die Staatsanwaltschaft nicht mutwillig verhindert, daß die am 1. Januar fälligen Versicherungsprämien in Höhe von 280 000 M. bezahlt würden, sei es ihrer Ansicht nach völlig undenkbar, daß die Staatsbank oder sonstige öffentlich-rechtliche Kreditgeber Barmats einen Pfennig verlieren.

Wir haben gestern die Behauptung erwähnt, daß die familiären Barmat-Kredite der Staatsbank nach der Aufdeckung der Kutischer-Affäre vom Präsidium der Staatsbank nachgeprüft und als völlig in Ordnung befindlich bezeichnet wurden.

Diese Mitteilung, die wir zunächst unter Vorbehalt wiedergaben, wurde uns inzwischen von verschiedenen Seiten bestätigt. Und zwar soll diese Nachprüfung auf Anordnung des preussischen Finanzministers von Richter vorgenommen worden sein. Die Nachprüfung wurde am 13. Dezember vom Gesamtpräsidium unter Leitung des Präsidenten, Staatssekretärs a. D. Schröder, vorgenommen. Das Ergebnis war ein einstimmiger Beschluß, die durch dreifache Effektendeckung gesicherten Kredite nachträglich noch einmal gutzuheißen und die Kredite weiterlaufen zu lassen.

Zu dieser bedeutsamen Behauptung hat die Staatsanwaltschaft, die durch ihre ausserordentlichen Organe gegen den „Vorwärts“ wegen nebensächlichen Einzelheiten so eifrig polemisieren läßt, nicht Stellung genommen.

Deshalb richten wir an die preussische Staatsregierung öffentlich die Frage: Sind diese Behauptungen wahr oder nicht? Und wenn sie wahr sind, wie ist dann die ganze Aktion der Staatsanwaltschaft überhaupt zu erklären? Wie reimt sich damit die staatsanwaltschaftliche Darstellung des Kreditbetruges durch die SS-Korrespondenz?

Uebrigens: In der W.B.-Meldung über die Verhaftungen war von Beziehungen Barmats zu Kutischer die Rede. Deshalb hieß es in allen Mittwochabend- und Donnerstagmorgensblättern, bekräftigt durch die Berichte der Lokal-Korrespondenzen, die Barmat-Verhaftungen seien auf die Beziehungen zum Kutischer-Konzern zurückzuführen.

Der Barmat-Konzern stellte daraufhin diese Beziehungen kategorisch in Abrede.

Jetzt steht auf einmal in denselben Korrespondenzen kein Wort mehr von solchen Beziehungen — es handelte sich bei der Barmat-Affäre nur um die Staatsbankkredite.

Wann wird man endlich der Öffentlichkeit klaren Wein einschenken?

### Strefemanns Jahresende.

Der alte Kurs war gut, deshalb — Bürgerblock.

Der Außenminister Strefemann, nicht der Parteiführer, veröffentlicht in der „Zeit“ einen kritischen Artikel zum Jahresende. Die bisherige Außenpolitik, so führt der Minister aus, war gut, sie hat uns politisch und wirtschaftlich vorwärtsgebracht. Nach vor Jahresfrist lag das ganze Problem der Ruhrbesetzung vor uns, lasteten auf uns die Gefahr des Separatismus und der Rumverträge. Das alles liegt heute hinter uns. Die Dawes-Gesetze brachten eine weitere Entspannung für das deutsche Volk, und die Genfer Tagung des Völkerbundes zeigte das Bekenntnis zu dem Gedanken, „daß ohne Deutschland ein Bund der Völker nicht in der Lage wäre, die europäischen Dinge zu regeln“.

Diesen Ausführungen kann man nur zustimmen. Es bleibt nur die Frage, zu welchen Ergebnissen die Außenpolitik geführt hätte, wenn sie nach deutschnationalen Rezepten betrieben worden wäre. Rheinland und Ruhrgebiet wären heute ein Opfer des Separatismus und der Rumverträge, das „zweite Versailles“ wäre abgelehnt worden und keine Macht der Welt wäre auf den Gedanken gekommen, Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund aufzufordern. Die Aktiva, die Strefemann anzuführen weiß, wäre Passiva gewesen. Rettunglos!

Aber auf die Hoffnungen und Erwartungen des alten Jahres ist ein Reif gefallen, so führt der Außenminister Strefemann weiter aus. Die Schwierigkeiten im Entwaffnungsproblem, die Verzögerung in der Räumung der Kölner Zone, die Bedenken in der Räumung der Streiffrage? Er lehnt den deutschnationalen Vorschlag, durch das Ausspielen eines Teiles der Alliierten gegen den anderen für Deutschland Vorteile zu erzielen, ab.

Das hatte noch stets damit geendet, daß die Alliierten sich auf Kosten Deutschlands geeinigt haben, während sich auf der anderen Seite auch die Politik der Alliierten als unfruchtbar erwiesen habe. Es bliebe also nur die Politik der gleichberechtigten Verhandlungen, die Politik der Verständigung und die deutsche Außenpolitik habe sich in ihren Zielen nicht verändert.

Ein sehr wertvolles Eingeständnis. Aber wie steht es mit den Deutschnationalen in dieser Hinsicht? Haben sie sich nicht jederzeit als Gegner der Verständigungspolitik bezeichnet? Haben sie nicht erst wieder aus Anlaß des Räumungsstillstandes nach Gegenmaßnahmen und Repressalien geschrien?

Der Artikel des Außenministers Strefemann ist eine einzige große Anklage gegen die Deutschnationale Partei und die Schlussfolgerungen, die sich aus seinen Ausführungen ergeben, wären sehr eindeutig, wenn es neben dem Außenminister Strefemann nicht noch einen Parteiführer Strefemann gäbe. Dieser Parteiführer Strefemann schließt die Betrachtung des Außenministers mit den Worten:

Wenn diese Verhandlungen (über Entwaffnungsfrage und Kölner Zone. Anm. d. Red.) in ein akutes Stadium treten, können sie nur von einer verhandlungsfähigen deutschen Regierung geführt werden. Die Beschlüsse der Reichstagsfraktionen lassen vorläufig keinen Ausweg offen für eine den Verhältnissen entsprechende, auf Frustration aufgebaute Wehrheits- oder Minderheitsregierung. Trotzdem muß die Regierungsbildung ohne Verzug in die Hand genommen werden. Wenn der Weg der Zusammenfassung der Fraktionen nicht gelingt, muß der Gedanke der Zusammenfassung aller staatsbeherrschenden bürgerlichen Kräfte auf anderem Wege erbalbigt in die Tat umgesetzt werden. Die Kämpfe, die auf außenpolitischem Gebiet sich dann ergeben werden, müssen geführt werden vom ganzen Volk.

Was versteht der Außenminister Strefemann unter der „Zusammenfassung der staatsbeherrschenden bürgerlichen Kräfte“ und unter dem „ganzen Volk“? Dasselbe wie der Führer jener Partei, die der nach Westarp'schen Grundsätzen staatsunterhöhlenden, monarchistischen Deutschnationalen „Volks“partei in den Sattel helfen möchte? Dann dürfte das Ergebnis sehr bald eine sehr wenig verhandlungsfähige Diskrepanz sein.

### Verhandlungen, keine Sanktionen!

Die rheinischen Gewerkschaften gegen Besatzungsverlängerung.

Düsseldorf, 31. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Gewerkschaftsausschuss für das besetzte Gebiet tagte am 30. Dezember in Köln. Vertreten waren Delegierte aller Richtungen. Eine lebhafteste Diskussion löste die Stellungnahme der Völkerverständigungskommission in Paris aus, nach der die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar nicht erfolgt. Einstimmig wurde nachfolgende Entschliessung angenommen:

„Der Gewerkschaftsausschuss für das besetzte Gebiet als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung erhebt Einspruch und Protest gegen die beabsichtigte Verlängerung der Besetzung der auf Grund des Versailler Vertrages am 10. Januar 1923 zu räumenden ersten Zone (Kölner Zone).“

Der Gewerkschaftsausschuss hat sich stets für Erfüllung dieses Vertrages eingesetzt und sich gegen alle ökonomischen Bestrebungen gewandt. Die Ruhrbesetzung wurde als rechts- und vertragswidrig bekämpft, wobei das Ziel der Verständigungsmöglichkeit nicht aus dem Auge verloren wurde. Mit Genehmigung konnte in den letzten Monaten eine merkliche Entspannung der Lage im besetzten Gebiet wahrgenommen werden. Alle Hoffnungen auf weitere Entspannung werden vernichtet, wenn die Räumung der ersten Zone zum vertragsmäßigen Zeitpunkt nicht erfolgt. Die Gewerkschaften empfinden dies als einen schweren Schlag für alle Verständigungsbestrebungen und sind entsetzt, daß kleinliche Erwände benutzt werden, das große Werk der Völkerverständigung zu erschweren. Sie bezeichnen die Verlängerung der Besetzung als eine neue Sanktion, nur geeignet, der Bevölkerung des besetzten Gebietes den Glauben an die Heiligkeit internationaler Verträge zu rauben. Jegliche weitere Verlängerung der Besetzung hindert die Gesundung der Weltwirtschaft, vermehrt Not und Leiden der Bevölkerung und stellt die Erfüllung der Verträge, insbesondere des Londoner Abkommens, in Frage.

Der Gewerkschaftsausschuss spricht die Erwartung aus, daß die beteiligten Regierungen sofort in Verhandlungen treten, um die vorliegenden Differenzen zu beseitigen.“

Bezüglich der Regierungsbildung vertritt der Gewerkschaftsausschuss die Meinung, daß das besetzte Gebiet ganz ungewissig am 7. Dezember durch den Stimmzettel sich für die demokratische Staatsform erklärt habe. Eine Entschliessung, die vorstehendes ausspricht und zu anderen mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen Stellung nimmt, soll am 2. Januar formuliert werden.

Die Entschädigungsansprüche der Wirtschaft des besetzten Gebietes sind durch die zuständigen Reichsministerien geregelt worden, ohne daß die Gewerkschaften Gelegenheit gehabt hätten, sich hierzu zu äußern. Das widerspricht der früheren Zusage der zuständigen Stellen. Der Gewerkschaftsausschuss wird dagegen Einspruch erheben.

### Frankreichs Kriegsschulden.

Die Amerikareise des britischen Reichsbankpräsidenten.

London, 1. Januar. (T.L.) Die Reise des Gouverneurs der Bank von England nach Amerika hat in der englischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Man glaubt nicht, daß der Vorschlag des französischen Sozialistenführers Leon Blum, nach dem Frankreich einen Teil der ihm aus den deutschen Jahreszahlungen zufließenden Summen an Amerika abtritt, auf amerikanischer Seite Gegenliebe finden wird. Man glaubt jedoch, daß die gesamte interalliierte Schuldenfrage grundsätzlich geklärt werden soll.

### Belgiens 50-Millionen-Dollarleihe.

Brüssel, 1. Januar. (T.L.) Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein königliches Dekret, das das Finanzministerium ermächtigt, unter gewissen noch festzusetzenden Bedingungen eine Anleihe von 50 Millionen Golddollars zu 6 Prozent in den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Die Rückzahlung der Anleihe soll spätestens nach 30 Jahren erfolgen.

### Deutschlands Zahlungen an Belgien.

Brüssel, 1. Januar. (W.B.) Ähnlich wird bekanntgegeben, daß der in Wiesbaden bis jetzt unterhaltene Restitutionsdienst aufgehoben werde. „Soit“ erklärt, im ganzen habe Deutschland seit dem Waffenstillstand Restitutionsanträge an Sachwerten und Geld in Höhe von 800 Millionen Franken an Belgien geleistet. Die Kosten für diesen Dienst hätten 13 Millionen Franken betragen, von denen Deutschland 5 750 000 Franken gedeckt habe.

## Das Botschafterkompromiß.

### Die Nichträumungsnote.

Paris, 1. Januar. (WZB.) Die von der Botschafterkonferenz getroffene Entscheidung, durch die alliierten Botschafter in Berlin der Deutschen Regierung eine Kollektionsnote überreichen zu lassen, die die Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar mitteilt, wird vom „Echo de Paris“ als ein Kompromiß betrachtet. Das Blatt schreibt: Zwei Thesen standen einander gegenüber. Die französische These lautete: Die bereits festgestellte (?) Verletzung Deutschlands an den militärischen Klauseln des Friedensvertrages genügt, um sofort endgültig und sachlich die Nichträumung der Kölner Zone zu rechtfertigen. Die englische These lautete, das Problem könne sachlich erst geregelt werden, wenn der Bericht der Kontrollkommission endgültig vorliege, also nicht vor der zweiten oder dritten Woche des Monats Januar. Ein Kompromiß sei auf folgender Grundlage geschlossen worden: Die Kollektionsnote erkläre, Deutschland habe seine militärischen Verpflichtungen in befriedigendem Maße noch nicht erfüllt, so daß es ihm in der kurzen Zeit bis 10. Januar nicht möglich sei, sich mit dem Friedensvertrag in Einklang zu setzen. Das ist, so schreibt „Echo de Paris“, der Teil der Note, der der französischen These günstig ist. Der der englischen These günstige Teil erklärt, für den Augenblick werde die Räumung provisorisch aufgeschoben, da die Alliierten erst, wenn der Generalsekretär vorliegt, entscheiden könnten, was Deutschland noch erfüllen müsse, um dem ersten Teil des Artikels 429 Genüge zu tun, d. h. um die Räumung der ersten Besatzungszone zu ermöglichen.

„Echo de Paris“ fügt hinzu: Hier erkennt man alle Möglichkeiten für ein Kompromiß, dessen Abschluß nun jeht auf drei oder vier Wochen vertagt hat. Jetzt werden die Deutschen um mit ihren Bitten überhäufen und sie werden nicht verfehlen, sich an England zu wenden und an Amerika, da sie dort Anhänger haben, denen es darum zu tun ist, das System Dawes zu retten. Dieser Teil der öffentlichen Meinung in England und in den Vereinigten Staaten erklärt, es sei das Beste, wenn die Alliierten ihre Soldaten aus Köln und aus dem Ruhrgebiet zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückziehen würden, wenn das Deutsche Reich in der Zwischenzeit ein Programm von fünf oder sechs Punkten, das man gemeinsam aufstelle, erfüllt habe, damit mehr oder weniger oberflächlich und vorübergehend die Spuren der Verletzungen an den militärischen Klauseln des Friedensvertrages verschwinden.

### Ueberrückung heute.

Paris, 1. Januar. (WZB.) Nach Blättermeldungen wird die Note der Botschafterkonferenz voraussichtlich im Laufe des morgigen Freitag von den verbündeten Botschaftern in Berlin überreicht werden. Unmittelbar nach der Ueberrückung wird das Dokument veröffentlicht werden. Der Weg zu einem Kompromiß bleibt, den Blättern zufolge, offen. Der „Antragsant“ macht das Eingeständnis, daß die Drohung Deutschlands (?), den Sachverständigenbericht unter Umständen zum Scheitern zu bringen, ihre Wirkung auf die Verbündeten nicht verfehlt habe. (Gemeint kann nur der Hinweis sein, daß die Politik der Entente gealtert sei, den Dames-Pian ernstlich zu gefährden, denn Drohungen sind natürlich nicht ausgesprochen worden. Red.)

## Parlamentarisches Silvester.

### Kammer und Senat tagen die ganze Nacht durch.

Paris, 1. Januar. (WZB.) Kammer und Senat haben, um die wichtigen Vorlagen über die Zusatzkredite für das Budgetjahr 1924 und die Bewilligung von zwei Budgetmehrwerten für die Monate Januar und Februar 1925 zu erledigen, die Silvesternacht hindurch bis früh 6 Uhr getagt. Die Zusatzkredite sehen in Anbetracht der Lebenssteuerung für die Beamten eine Beihilfe von 500 Franken vor. Der Senat lehnte diese Summe auf 250 Franken herab und wollte auch außerdem noch einen Unterschied zwischen Eisenbahnen, die bei den Staatseisenbahnen und in Eisenbahnen selbstständig sind, und den Eisenbahnen der Privatgesellschaften machen. Die Kammer hat einstimmig ein derartiges Ansuchen abgelehnt, und der Senat hat, entgegen dem Antrag seiner Finanzkommission, mit 145 gegen 136 Stimmen gemäß dem Antrag der Regierung und im Sinne der Kammer beschlossen. — Es wurde auch ein Gesetzentwurf angenommen, durch den die Gründung des Internationalen Instituts für intellektuelle Zusammenarbeit unter Führung des Völkerbundes, dessen Gründung die französische Delegation während der Septembertagung des Völkerbundes in Genf angeboten hatte, erfolgt.

Kammer und Senat wurden gegen 6.15 Uhr früh durch ein Dekret der Regierung, das Justizminister Renault verlas, geschlossen. Die erdenkliche Tagung 1925 beginnt verfassungsgemäß am zweiten Dienstag im Monat Januar, also am 13. Januar.

## Politische Attentate.

### In Paris. — In der Westschweiz. — In Mazedonien.

Paris, 1. Januar. (WZB.) „Journal“ berichtet, daß in der Nacht auf den Sonnabend der in Paris lebende spanische Schriftsteller Carretero, der unter dem Pseudonym Caballero Audaz schreibt, auf dem Boulevard Hausmann von drei Unbekannten überfallen und mit einem Schlagring verwundet wurde. Die Angreifer seien alsdann geflüchtet. Carretero hat einem Vertreter des „Journal“ erklärt, dieser Ueberfall sei 48 Stunden nach der Veröffentlichung seines gegen den in Paris anhängigen spanischen Schriftstellers Blasco Ibanez gerichteten Buchs, betitelt „Der Romanschreiber, der sein Vaterland an den revolutionären Tatarin verkauft hat“ erfolgt. Carretero glaubt, daß seine Angreifer spanische Kommunisten sind.

Genf, 1. Januar. (WZB.) Rabe der französisch-schweizerischen Grenze, nach auf schweizerischem Gebiet, wurde die Leiche eines angehenden Bewohners von Chepene, namens Deupray, aufgefunden. Er gehörte zu den Freisinnigen. Mehrere Tage vor den Wahlen soll er von katholisch-konservativen jungen Leuten in einem Automobil entführt worden sein.

Belgrad, 1. Januar. (WZB.) Gestern wurde in Ustjad der kommunistische Stojan Miletic von einem Abgesandten der mazedonischen revolutionären Organisation, namens Glentovic, erschossen. Miletic war einer der Organisatoren der Ermordung Alexanders und ist nach Aufdeckung dieses Verbroches nach Südserbien geflüchtet, wo er sich in die Dienste der Regierung stellte. Er wurde von der mazedonischen revolutionären Organisation zum Tode verurteilt, und dieses Urteil wurde jetzt vollstreckt.

### Ein merkwürdiger bulgarischer Prozeß.

Sofia, 1. Januar. (WZB.) In dem Prozeß gegen den früheren Polizeipräsidenten Brudkin und seinen Gehilfen Stefanoff, die wegen eines Anschlages gegen eine wichtige Eisenbahnbrücke angeklagt waren, wurde das Urteil gefällt. Brudkin wurde zu 20 Jahren, Stefanoff zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

## Branting erholt sich.

Stockholm, 1. Januar (Eigener Drahtbericht.) In dem schweren Felden des Ministerpräsidenten Genossen Hjalmar Branting ist wiederum eine Besserung eingetreten. Man schöpft neue Hoffnung, daß dieser hünenhafte Körper sich doch wieder erholt.

Das deutsch-polnische Abkommen über den kleinen Grenzverkehr ist in Danzig unterzeichnet worden. Es sagt alle bisherigen Bestimmungen auf diesem Gebiete zusammen und trifft für einige Punkte eine neue Regelung.

## Die letzte Nacht.

Ganz Berlin schien in dieser Silvesternacht unterwegs zu sein. In den Spätabendstunden herrschte in den Wagen der Straßenbahn und Hochbahn ein drängendes Gedränge, und an allen Haltestellen und auf allen Bahnhöfen schoben sich immer neue Scharen in die überfüllten Wagen. Die große Völkerwanderung in die Restaurants der Friedrichstraße, die reiche Ernte hielten, begann. Alle trugen ziemlich Päckchen und Pakete mit Pfannkuchen oder Eiszorgerliten, und je lärmender diese waren, um so größeren Anklang fanden sie. Aber auch in vielen Familien feierte man lustige Silvesternacht. Ramentisch in den Straßen des Westens sah man strahlend erleuchtete Häuserfronten. Hier war man bei schlemmeren Silvesterjoupers zusammen, an die sich ein Hausball angeschlossen. Die Saison hatte begonnen. . . .

Und dann, um 12 Uhr, kam der übliche Rabau und Rummel. Die alkoholbefessene Masse Mensch schrie aus den Fenstern und tobte auf den Straßen. Raketen sausten in die Höhe, Feuerwerkskörper trallerten, Konfetti schwirrte durch die Luft und die bunten Papierschnitzereien hingen von den Brüstungen der Balkons und in den Kronen der lahten Bäume. Man magte bis in die frühen Morgenstunden strahaus, strahaus. Alle Verkehrsmittel, alle Droschken und Autos waren besetzt, um die Festteilnehmer nach Hause zu bringen. Die meisten von ihnen, die am Abend strahlend ausgezogen waren, gingen jetzt Brods, die man nur mit Wehmüt betrachteten konnte.

Die andere Schicht der Berliner Bevölkerung aber hat keine Veranlassung, in der Silvesternacht Freudenfeste zu feiern. Für sie hat das alte Jahr mit Arbeit geendet und das neue Jahr fängt mit neuer Arbeit an. Sie hat nur den einen Neujahrswunsch, daß sie auch im neuen Jahre wieder genügend Arbeit finde, damit sie atmen und leben kann.

## Ueberfall auf die Stationskasse am Bahnhof Zoo.

### Ein Gegenstand zu dem Ueberfall in Hermsdorf.

Ein schwerer Raubüberfall wurde am Mittwoch nachmittag um 3 Uhr in den Kassenräumen des Bahnhofs Zoologischer Garten entdeckt. Durch Brandgeruch aus dem eigentlichen Kassenraum des Stationsleiters wurden der Pförtner und die Polizeibeamten der Bahnhofswache aufmerksam. Die Feuerwehr wurde alarmiert, eine Scheibe eingeschlagen und durch die Öffnung hindurch drang das Personal ein. In der Nähe des Ofens und des feuersicheren Tresors waren Quittungen und andere Papiere in Brand gesetzt worden. Das Feuer wurde rasch gelöscht.

In einem Vorraum des Zimmers, in dem der Brand war, fand man den Eisenbahnbetriebsassistenten Münch an Händen und Füßen gefesselt, besinnungslos am Boden liegend vor. Im Munde hatte er einen Knebel, über diesen war quer ein Tuch gebunden. So war es ihm unmöglich gewesen, den Knebel mit der Zunge aus dem Munde zu stoßen. Sofort wurde Münch zur Rettungsstelle gebracht, wo er sich erhob. Münch wurde sofort vernommen. Er gibt folgendes an: Nach beendeter Dienstzeit ist er von einer Firma, mit der die Eisenbahnverwaltung im Geschäftsverkehr steht, telefonisch angerufen worden. Man bat ihn, doch trotz des Feiertages noch 30 000 Mark auszugeben. Das Erscheinen zweier Herren, die das Geld in Empfang nehmen würden, wurde ihm angekündigt. Um 1 Uhr erschienen die beiden. Münch wollte sich noch einmal auf dem Rechnungsbureau betrefis der Summe vergewissern und begab sich an das Telefon, um von dort anzurufen. Während er den Hörer abnahm, erhielt er plötzlich von dem einen der beiden Männer einen Faustschlag vor den Wangen, der ihn besinnungslos zu Boden streckte. Erst in dem Vorraum kam er gefesselt wieder zu sich, aber auch nur für kurze Zeit. Der Raub betäubte ihn wieder. Die 30 000 M. haben die Täter nicht gefunden. Danach haben sie das Feuer in dem Kassenraum angezündet und sind dann geflüchtet.

## Folgeschwere Silvestercherze.

Beim Abbrennen von Feuerwerkskörpern wurde in der Silvesternacht die 15jährige Ella König aus Nowames, Luisenstr. 21, von einer Rakete in den Hals getroffen. Die Feuergeräbe war unmittelbar neben der Schlagader in den Hals gedrungen. Blutüberströmmt wurde die Schwerverletzte in das Oberlinfrankenhaus geschafft. — Durch ein Fenster der Wohnung des Arbeiters Reichmuth, Kleiststr. 3 in Nowames, kam in der Silvesternacht ein Schuß. Glücklicherweise ging das Geschoss an der Familie, die um den Tisch herumsaß, vorbei in die Wand und blieb dort stecken. Da die Wohnung im ersten Stock liegt, ist nicht anzunehmen, daß von der Straße geschossen worden sein kann. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit ist im Gange. — Viel schwerer und verhängnisvoller lief ein ganz ähnlich liegender Fall in Berlin, im Hause Wrangelstr. 63, ab. Dort hatte sich in der Wohnung des Pensionärs Johann Schröder zur Silvesterfeier auch der 37 Jahre alte Arbeiter Theodor Wiffel aus der Reichsberger Str. 95a eingefunden. Gegen 12 Uhr nachts fiel plötzlich ein Schuß. Eine Kugel zertrümmerte eine Fensterscheibe des Wohnzimmers, in welchem die Feiern den Höhepunkt erreichten und drang Wiffel in die Brust. Man schaffte den schwer Getroffenen nach der Rettungsstelle im Gürtler Bahnhof, wo der Arzt eine so schwere Verletzung feststellte, daß er die schleunige Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban veranlaßte. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint es sich um Fahrlässigkeit zu handeln. Der Schuß ist vermutlich aus dem gegenüberliegenden Hause Nr. 71 abgegeben worden, doch konnte der Täter noch nicht ermittelt werden.

## Was macht Herr Dr. Höllcher?

Es war am 11. Dezember d. J., gerade in den Tagen, in denen das Interesse der Öffentlichkeit sich besonders auf den Haarmann-Prozeß und den Prozeß des Reichspräsidenten richtete, als wir über die Verhaftung eines Dr. jur. E. Höllcher in Jechendorf berichteten, der in einen Aktienwindel verwickelt war. Ueber dem Haarmann-Prozeß, dem Weihnachtsfest, der Spritztour des Spritdirektors Hermann Weber nach der Tischhofswinkel und der Verhaftung von Vater und Söhnen Kusler ist die Affäre des Herrn Höllcher in Vergessenheit geraten, und wenn sie natürlich auch „weiter bearbeitet“ wird, so wäre es doch sehr schade, wenn der Öffentlichkeit weitere Mitteilungen über die Persönlichkeit des Herrn Dr. jur. E. Höllcher, angeblich Staatsanwalt a. D., Hof- und Staatsrat, Aufsichtsrat von 40 Gesellschaften und Mitglied der Deutschen Gesellschaft von 1914 noch lange vorenthalten werden sollten. Bekanntlich geschah die Verhaftung Höllchers wegen Betrugs und Urkundenfälschung und des schweren Verdachtes des Meineids und der Verleitung zum Meineid. Höllcher soll in Jechendorf enge persönliche Beziehungen zu extremen Nationalisten haben. Ein Bruder Höllchers, Universitätsprofessor und Dekan einer westdeutschen Universität, weiß bereits seit der Verhaftung seines Bruders ununterbrochen in Berlin. Man sieht also, Herr Dr. jur. Höllcher ist eine Persönlichkeit, über die die Öffentlichkeit nicht nur Interessantes hören wird, sondern auch sehr bald hören möchte.

Vollkommen still und stumm ist es auch von dem famosen Willi Bruh geworden, dem Inhaber der Deutschpölitischen Bank in Wilmersdorf, der bereits vor rund vier Monaten verhaftet wurde, weil er das Vertrauen seiner völitischen Bankkunden in der schwersten Weise getrübt haben soll. Es wäre auch hier sehr wertvoll, bald zu erfahren, wie sich völitischer Nationaler Edelgeist in der Praxis bewährt hat.

## Die Polizei in der Neujahrnacht.

Der Silvesterabend und die Nacht zum Neujahrstag sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Von den 253 listierten Personen sind nur acht dem Polizeipräsidium eingeliefert worden, darunter eine weibliche, während die übrigen nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen werden konnten. Von den listierten waren u. a. 90 wegen groben Unfugs, 54 wegen Schlägerei, 31 wegen Trunkenheit, 17 wegen Sachbeschädigung, 9 wegen Körperverletzung, 8 wegen Diebstahls, 6 wegen Hausfriedensbruchs, 7 wegen fälschlicher Betätigung, 50 wegen Zechprellerei, wegen Verunreinigung der Straßen usw. zur Wache gebracht worden. Die Ueberfallkommandos sind wohl in zahlreichen Fällen wegen der Schlägereien in Schanckstaken und auf der Straße alarmiert worden, doch waren die Beteiligten bei Eintreffen der Polizeibeamten bereits verschwunden. — Auch diese Unfälle im Straßenverkehr wurden gemeldet, die aber meist glimpflich verlaufen sind. Durch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern sind viele Brände entstanden, die aber auch keinen größeren Umfang angenommen haben.

## Theater.

Komödienhaus: „Der Floh im Ohr.“ Dieser alte Schwank von Georges Feydeau verfehlt nicht, die schuldige Silvesterstimmung zu erzeugen. „Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzosen leiden, doch ihre Schwänke hört er gern.“ Könnte man frei nach Goethe sagen. Ein wenig Ehebruch und ein Erkelliches an Verwechslung. Der Himmel bewahre alle Liebespaare vor dem Hotel „Zum pärtlichen Kater“. Der Schwank steht und fällt mit der Doppelrolle des Herrn Chandebeise und des Hausdieners Boque. Was darin Ralph Arthur Roberts leistet, ist virtuos in verblüffender Verwandlungsfähigkeit und plötzlicher Umstellung. Kein Wunder, daß sich das Haus an keiner Komik immer mehr erwärmte. Doch auch die anderen Rollen befanden sich in besten Händen. Ein jovialer Kammerdiener Adolf Kurth, ein Kerl von einem Abtheilungs-Quartiermeister Philipp Manning, ein furioser Spanier Alfred Haase, ein weltmännischer Doktor Ernst Karchow, ein Sprechhübel Hans Herrmann und so fort. Das frauliche Element war in Hilde Hilberbrand als entzückende Frau Chandebeise, in Mary Delchast als Spanierin, und für die anderen Rollen in Jenny Marba, Frieda Behndorff und Eva Klein-Donaath gut vertreten.

„Rosa Witschul“ im Residenztheater. Beda und Hans Koltow haben von dem unverwundlichen Poffenstoff des kleinen jüdischen Provinzfamilien- und Geschäftlebens in der böhmisch-mährischen Hinterwelt wieder ein paar Meter abgemessenen und damit die bewährten Figuren dieses Spezialtheaters effektiv neu bekleidet. Sie spielen alle glänzend, am vorzüglichsten Jüdeln und ogieren Gisela Werbegirtl und Karl Eitlinger, womit aber die Mittelpunkt keineswegs herabgesetzt werden sollen. Man kam aus dem Lachen, besonders über den weiblichen Hauptkomiker, nicht heraus und da auch ein Schuß Nührung nicht fehlt, wird Rosa Witschul auch in Berlin, Blumenstraße, reüssieren zu Gesund bis 120 — Aufführungen. b. . . . n.

## Bewerkschaftsbewegung

### Mitteldeutsche Bergarbeiterkonferenz.

#### Ablehnung des Schiedspruchs.

Halle, 1. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In Halle tagte am Neujahrstag eine Bergarbeiterkonferenz, die zu dem am 29. Dezember gefällten Schiedspruch für den mitteldeutschen Bergbau Stellung nehmen sollte. Bekanntlich hatte dieser Schiedspruch die elenden Löhne der Bergarbeiter um ganze 4 Pctg. „aufgebessert“, dafür aber die zwölfstündige Arbeitszeit durch Schiedspruch festgelegt. Ein Vertreter des Bergarbeitersverbandes erstattete den Bericht. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß es eine Schmach sei, wenn das Reichsarbeitsministerium in völliger Verkennung tatsächlicher Verhältnisse den Bergarbeitern, die oftmals viele Wochenstunden zu ihrer Arbeitsstelle zu gehen haben, das Sklavengoch des Zwölfstundenbetriebes auferlegt. Auch die Lohnpolitik sei ein Standal. Der Schiedspruch bedeute daher tatsächlich eine Stärkung des Nachdunkels der Bergarbeiter mit amtlicher Hilfe. — Die Konferenz, die durch keinen Wirkklang gestört wurde, beschloß einstimmig nachstehende Entschlieung:

„Die am 1. Januar in Halle tagende Konferenz der Funktionäre sämtlicher am mitteldeutschen Braunkohlenfeld beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen kommt nach reiflicher Beratung zu dem Ergebnis, daß der am 29. Dezember 1924 gefällte Schiedspruch nicht angenommen werden kann. Der Schiedspruch hat eine Reihe ungenügender Forderungen der Arbeiter unberücksichtigt gelassen. Die enge Verbindung des Mehrarbeiterschiedspruchs mit dem Mantelarbeitervertrag hebt die im Mantelarbeitervertrag grundsätzlich festgelegte achtstündige Schichtzeit in der Praxis tatsächlich wieder auf. Besonders muß betont werden, daß die Konferenz sich mit aller Entschiedenheit gegen das von den Unternehmern immer wieder geforderte Zwölfstundenbetrieb im Bergbau wendet. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat sich notwendigen wirtschaftlichen Erfordernissen gegenüber nie ablehnend verhalten. Es ist daher unverständlich, daß auch diesmal wieder, unter Brückung des Willens der Bergarbeiter, die zwölfstündige Arbeitszeit und zwölfstündige Schichtzeit im Schiedspruch festgelegt wurde. Aber auch die Lohnerbhöhung ab 1. Januar muß als gänzlich ungenügend angesehen werden. Gleichfalls wendet sich die Konferenz gegen die im Schiedspruch weiter verfolgte Sanktionierung der völlig ungerechtfertigten Klassifizierung der Kern- und Kondenzler. Die Dramatisationsleistungen werden beauftragt, bei den Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung nochmals die Forderungen der Arbeiter zu vertreten. Falls sich daraus die Notwendigkeit neuer Beratungen ergibt, soll sofort in einer weiteren Konferenz der Belegschaftsvertreter über das Ergebnis Beschlüß gefaßt werden.“

### Zunahme der unterstützten Erwerbslosen.

In der Zeit von Anfang bis Mitte Dezember hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 437 000 auf 458 000, d. h. um rund 3 Proz. zugenommen. Die Zunahme erstreckt sich verhältnismäßig ziemlich gleichmäßig auf männliche und weibliche Hauptunterstützungsempfänger. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 572 000 auf 606 000 gestiegen. Die Entwicklung entspricht im ganzen der Jahreszeit.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaftl. u. S. S. Statistik: Gemeindefachbearbeiter: Reibet, Götze; Redaktion: Dr. John Schlawinski; Kollasch und Schöber; Reichsarchiv: Busslinger; Abt. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch, G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Brosch-Verlag und Verlagsgesellschaft Verlag Singer u. Co., Berlin SW 61, Lindendstraße 3.

## M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor



3 billige Tage vom 2. bis 5. Januar

in Herren-, Jünglings- u. Knaben-Kleidung Besichtigung meiner Schaufenster erbeten

